

Anrede

Demokratie auf Bewährung

Hinter allen Zahlen des Haushalts, hinter allen zu bewältigenden Aufgaben und allen politischen Vorhaben steht in diesem Jahr eine grundsätzliche Frage in so noch nicht gekannter Dringlichkeit: Werden wir, die wir Verantwortung für diese Stadt tragen, uns als Demokraten bewähren? Sind wir durch unser Reden wie durch unser Handeln überzeugende Vertreter dieser Demokratie?

Wir werden uns bewähren müssen, wenn wir wollen, dass unsere freiheitliche Gesellschaft fortbesteht. Das klingt für manche vielleicht übertrieben dramatisch. Ich glaube aber, dass wir klug beraten sind, uns mit aller Ernsthaftigkeit dieser Frage zu stellen und diese Verantwortung anzunehmen.

Miteinander mehr erreichen

Wir in Höxter sollten alle daran arbeiten, den Gemeinsinn, das Miteinander zu stärken. Gemeinsam kann mehr erreicht werden als einzeln oder gar gegeneinander: Das gilt für den Rat, das gilt für die Ortschaften, das gilt für die Geschäftsleute, das gilt für die ganze Bevölkerung.

Gute Beispiele der Zusammenarbeit sind vorhanden, das Frauennetzwerk, die Kooperationen von Vereinen über Ortschaftsgrenzen hinweg im Sport oder der Musik, das Zusammenwachsen von Pfarrgemeinden und die ökumenische Zusammenarbeit, die Arbeit der zahlreichen Aktiven in der Flüchtlingshilfe und ihre professionelle Unterstützung von Seiten der Stadt. Das Bewusstsein dafür sollte gestärkt werden, entsprechende Initiativen verdienen unsere Wertschätzung und Unterstützung.

Wir als Politik sollten und können mit positivem Beispiel vorangehen, den Blick für das Gemeinwesen und das Gemeinwohl zu stärken. Und da gibt es ja durchaus den einen oder anderen Erfolg zu berichten, der auf gemeinsamen Zielen beruht, auf konstruktiver Zusammenarbeit und auf der Bereitschaft zum Kompromiss, um auf diesem Weg zu einer ausgewogenen und vertretbaren Lösung zu gelangen. Und das ist eine Gelegenheit, den Beteiligten für ihren jeweiligen Beitrag zu danken.

Und so begrüßen wir GRÜNEN, das sei in diesem Zusammenhang noch einmal aufgrund seiner Bedeutung erwähnt, dass aus dem erfolgreichen Bürgerbegehren der Bäderkonsens geworden ist, dass über die Rekommunalisierung im Bereich Energie die Basis für eine Finanzierungsmöglichkeit der Bäderlösung geschaffen wurde.

Wir tragen mit und freuen uns, dass der Fortbestand der Musikschule in der bisherigen Qualität gesichert werden konnte, denn sie ist ein wichtiger Bestandteil unseres Bildungsangebotes und ein Aushängeschild, ein Pluspunkt unserer Stadt.

Und wir begrüßen, dass die Gespräche zur Reform des Bauhofs konstruktiv und konsensorientiert begonnen wurden, und hoffen, dass sie weiterhin an der Sache orientiert problemlösend und tatkräftig fortgesetzt werden.

Weitere Beispiele sind das inzwischen überwiegend umgesetzte Konzept zur Modernisierung der Spielplätze, oder die regelmäßig einmütig geförderten Altbausanierungen, die ein wichtiger Beitrag sind für den Erhalt und die Attraktivität der Altstadt, oder die prinzipielle Übereinstimmung bei den Maßnahmen und Planungen zur Stärkung der Innenstadt für den Einzelhandel.

Ein zukunftsfähiges effizientes Miteinander von Verwaltung und Politik

Umso schmerzlicher fällt die Bilanz in einem anderen wichtigen Bereich der politischen Anstrengungen aus.

Seit nunmehr geraumer Zeit gibt es Auseinandersetzungen um die personelle Ausstattung und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die zum Teil vorurteilsbehaftet, sehr emotional, angriffig und bisweilen verletzend geführt worden sind. Dabei mangelt es unter anderem an Transparenz und an substanzieller Kenntnis sowie an der inhaltlichen politischen Zielsetzung und einem konkretisierten Anforderungsprofil hinsichtlich der von der Verwaltung erwarteten Dienstleistungen.

Geführt hat dies dazu, dass bislang sämtliche Versuche gescheitert sind, die Aufstellung der Verwaltung zukunftsfest und zukunftsorientiert zu bestimmen, währenddessen das gegenseitige Unverständnis und die Frustrationen eher gestiegen sind.

Allen noch gut in Erinnerung ist der bemerkenswerte und aus unserer Sicht unverständliche Vorgang, dass die interfraktionell erarbeitete Einigkeit, Höxter solle sich im Sinne der langfristigen Personaleinsparung von Rechnungsprüfungsamt und Bauaufsicht trennen, im Rat keinen Bestand hatte. Nehmen wir es als ein wichtiges Indiz für die Verfahrenheit der Situation.

Um nun also aus dieser allseitigen Lähmung in Sachen Aufgabenkritik und Personaleinsparung wieder heraus zu finden, sollten wir uns ein Beispiel an der gelungenen Untersuchung der Organisation und Effizienz des Baubetriebshofes nehmen und diese Vorgehensweise auf die übrige Verwaltung übertragen. Hierzu wäre es notwendig, ein externes Unternehmen zu beauftragen mit der Prüfung der Aufstellung der Verwaltung, der vorhandenen Organisationsstruktur und der derzeit erbrachten Dienstleistungen sowohl gegenüber dem Gemeinwesen, den Bürgerinnen und Bürgern als auch gegenüber den politischen Gremien. Dies ist dann ins Verhältnis zu setzen zur derzeitigen personellen Ausstattung unter Berücksichtigung der Stellenpläne und schließt auch die Überprüfung der jeweiligen Verantwortungsbereiche für abschließende Entscheidungen ein.

Unabdingbar ist dabei die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Personalvertretung von Beginn an und in aller Offenheit. Beim Baubetriebshof hat sich dieses Vorgehen bewährt.

Rein statistische Auswertungen und Vergleiche ausgewählter Werte und Zahlen in Bezug auf andere kommunale Selbstverwaltungen sind, man mag das bedauern, nur sehr beschränkt aussagefähig und führen leider schnell zu unzulässigen Vereinfachungen, Vorurteilen, Widerständen und emotionalen Auseinandersetzungen, die nicht weiter führen.

Uns ist bewusst, dass ein solcher durch externen Fachverstand begleiteter Prozess nicht ohne einen spürbaren finanziellen Aufwand geschehen kann. Wir sind jedoch der Auffassung, dass sich dieser Aufwand lohnt, weil es notwendig ist, hier zu einer Lösung zu kommen, und weil auf dieser Grundlage ein für alle Beteiligten akzeptabler und erfolgreicher Lösungsweg beschritten werden kann.

Denn selbstverständlich braucht Höxter eine leistungsstarke Verwaltung mit einer zukunftsfähigen Struktur, eine Verwaltung, die die anstehenden Aufgaben gut bewältigt und die die politisch gesteckten Ziele umsetzt. Wir können uns den Dauerkonflikt der letzten Jahre doch überhaupt nicht leisten. Und wir können es uns nicht leisten, die guten Leute zu verlieren oder abzuschrecken.

Geflüchtete zu integrieren bleibt eine dauerhafte Aufgabe

In den vergangenen zwei Jahren sind viele Flüchtlinge zu uns nach Höxter gekommen und haben hier Aufnahme gefunden, viele davon leben immer noch hier bei uns. Und auch wenn aktuell die Zahl der neu Ankommenden nicht so groß ist, so bleibt doch auf längere Sicht eine große Aufgabe für uns als Stadt bestehen.

Ich weise darauf hin, dass die instabile Lage in vielen Nachbarregionen und auch in weiter entfernten Teilen dieser Welt leicht dazu führen kann, dass weitere Menschen in beträchtlicher Zahl Schutz bei uns suchen werden. Ich muss die einzelnen Krisenregionen und Konfliktherde nicht einzeln aufzählen.

Wir tun meines Erachtens also gut daran, für diese wahrscheinliche Entwicklung vorbereitet zu sein und einen nicht zu knapp bemessenen Grundbestand an räumlichen und personellen Kapazitäten bereit zu halten. Das Gegenteil einer vorausschauenden und vorsorgenden Planung wäre, auf kurzfristige Schwankungen reagieren zu wollen. Ich halte das weder für praktikabel, noch in den Auswirkungen für die Betroffenen erstrebenswert.

Es ist richtig, in die Unterkünfte für die Schutzsuchenden zu investieren. Und es ist richtig, für das professionelle Personal zu sorgen. Die Situation für die Geflüchteten wie für die vielen Engagierten in den Flüchtlingsinitiativen wie für die Hauptamtlichen der Flüchtlingshilfe ist ohnehin schwierig genug. Die Rahmenbedingungen werden durch die Bundespolitik zum nicht unerheblichen Teil ja bereits wieder verschlechtert statt verbessert.

Und so ist es schwierig für die Geflüchteten, hier anzukommen, hier eine neue, wenn auch vielleicht nur vorübergehende, aber doch eine Heimat zu finden. Es ist schwierig, dass Familien wieder zusammen kommen, dass Deutsch gelernt wird, dass eine Ausbildung möglich ist, dass eigenes Geld verdient werden darf, eine bezahlte Arbeit, eine sinnvolle Beschäftigung gefunden wird, dass es eine Perspektive gibt, dass Integration gelingt.

Das sind die täglichen Probleme, und wir sollten vor diesem Hintergrund nicht zu kleinlich dabei sein, unseren Beitrag als Politik, als Rat, als Kommune zu leisten, den geflüchteten Menschen und denen, die ihnen helfen, einigermaßen angemessene und würdige Bedingungen zu schaffen, soweit es in unserer Zuständigkeit liegt.

Klimaschutzkonzept aus der Schublade holen

Wir GRÜNEN drängen nach wie vor auf die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes für Höxter, das unter anderem mit einer gehörigen Portion ehrenamtlicher Arbeit erstellt wurde. Mittlerweile wird nun schon der dritte Haushalt beschlossen, der die Umsetzung vertagt. Und das bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe.

Nun, eines Tages wird der Fortschritt über das Konzept hinweg gegangen sein und wird die Zukunft in diesem Bereich an Höxter vorbei gegangen sein. Viele nicht genutzte Chancen. Viel nicht wahrgenommene Verantwortung. Denn natürlich haben auch wir in Höxter die Verantwortung, unseren Teil zum Klimaschutz beizutragen. Und wir haben die Chance, durch Energieeinsparungen und Effizienzsteigerungen und durch den vermehrten Einsatz regenerativer Energien kommunales Geld zu sparen oder sogar zu verdienen und als Kommune auch in dieser Beziehung attraktiv zu werden für die Bevölkerung, für den Tourismus, für das heimische Handwerk, Dienstleister, Unternehmen.

Es wäre an der Zeit, den Klimaschutzprozess mit entsprechendem Fachpersonal wieder in Gang zu bringen, ihn zu steuern und deutliche Fortschritte zu erzielen. Wenn schon nicht mehr als Vorreiter, so, um nicht gänzlich in Verzug zu geraten.

Die Bundespolitik hat Verantwortung für die Finanzen der Kommunen

Für den finanziellen Rahmen, in dem sich dieser Haushalt bewegt, sind andere zuständig. Wir GRÜNEN erwarten insbesondere von der Bundesebene, die über die entsprechend weitreichenden Instrumente verfügt, dass die Kommunen strukturell endlich deutlich besser mit Geld ausgestattet werden, damit sie ihre wichtigen Aufgaben für die Bevölkerung wieder in der notwendigen Weise erfüllen können.

Fazit und Dank

Ich fasse zusammen. Aufgrund unserer Kritikpunkte stimmen wir GRÜNEN dem Haushalt nicht zu. In Würdigung der gemeinsam erzielten Kompromisse und der Übereinstimmungen werden wir ihn aber auch nicht ablehnen. In der Abwägung aller Gründe entscheiden wir uns deshalb für eine Enthaltung. *Dank*